

Die PTT bauen 2000 Stellen ab

Im folgenden Text nimmt Sepp Vonarburg, Präsident der PTT-Union, Sektion Olten-Post, Stellung zur Absicht der PTT, Stellen abzubauen:

„Am 21. Januar erklärte PTT-Präsident Rudolf Trachsel in der Fernsehsendung ‚10 vor 10‘, die Postbetriebe werden in den nächsten fünf Jahren 2000 Stellen abbauen. Diese Mitteilung hat in der breiten Öffentlichkeit aufhorchen lassen und zu verschiedenen Fragen Anlass gegeben. Einmal mehr ist die Generaldirektion mit Zahlen und Vorhaben an die Massenmedien gelangt, deren Verwirklichung noch völlig offen steht. Solche direkten Aussagen erwecken den Eindruck, dass diese Zahlen verbindlich sind. In diesem Fall handelt es sich um eine Planung, die in den nächsten fünf Jahren grosse Umstrukturierungen bei den PTT beinhaltet. Die Personalverbände sind bisher über ein einziges Projekt informiert worden, über andere Projekte herrscht mehr oder weniger Stillschweigen, da noch vieles in den Köpfen auf den Chefetagen unklar ist. Das garantierte Mitspracherecht der PTT-Personalverbände spielt leider in der wichtigsten Phase unseres Unternehmens eine untergeordnete Rolle. Was wir wissen, dürften verschiedene geplante Massnahmen negative Auswirkungen auf das Leistungsangebot haben.

Die gegenwärtige rezessive Wirtschaftslage ist ohnehin sehr ungünstig, ohne dass nun auch noch die PTT-Betriebe Personalabbau betreiben. Die öffentlichen Betriebe sollten nicht in eine Rationalisierungshysterie verfallen, wie dies im privaten Wirtschaftsbereich heute der Fall ist. Leider wird allzu schnell vergessen, dass die PTT-Betriebe von 197 bis 1989 über zwei Milliarden Franken aus dem Gewinn in die Bundeskasse abgeliefert haben. Ich meine, dass es ungerecht ist, heute den Postbetrieben einen dermassen gewaltigen politischen Druck aufzuzwingen, um innert kürzester Zeit wieder schwarze Zahlen zu schreiben. Die Auswirkungen dieser Sparübungen bekommt nicht nur das Personal zu spüren, sondern auch in breitem Masse die Schweizer Bevölkerung. Grosse Bedenken sind bei mir gerechtfertigt wenn ich höre, dass öffentliche Betriebe in bestimmten Gebieten aufgehoben werden sollen (Reduktion von Postcheckämtern. Aufhebung von Poststellen usw.). Ich frage mich allen ernstes, will das unsere Bevölkerung?. Die PTT-Union ist in dieser Angelegenheit mehr als gefordert, und braucht die Unterstützung breiter Bevölkerungsschichten. Bundesrat und Parlament sind Unternehmungsgewinne sehr viel wichtiger als ein Leistungsangebot, das optimal und flächendeckend ausgerichtet ist. Ist das richtig, dass es Aufgabe der PTT ist, nur noch Grosskunden in den grossen Städten und deren Agglomerationen gute Dienstleistungen anzubieten und Kleinkunden sowie Rand- und Bergregionen zu vernachlässigen? Das kann die Meinung von Unternehmungsstrategen sein, aber nicht die von Leuten, die den Verfassungsauftrag der PTT ernst nehmen.

Die PTT-Union, die grösste Gewerkschaft des uniformierten Personals, wird sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen Entlassungen wehren. Einen erhöhten Arbeitsdruck werden wir nicht akzeptieren. Wenn schon da und dort Personal abgebaut wird, so erwarten wir gleichzeitig eine Aufwertung unserer Monopolberufe. Die Forderung nach der 40-Stunden-Woche muss in diesem Jahr mit dem Bundesrat ausdiskutiert werden.“

SoAZ, 1.2.1992.

Personen > Vonarburg Josef. PTT. Entlassungen. SoAZ, 1992-02-01